

Zivilgesellschaft als Lackmustest israelischer Demokratie

Angelika Timm

Beitrag Veranstaltung »60 Jahre Israel« am 14.04.2008 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin

Der Staat Israel wird von europäischen und nordamerikanischen Wissenschaftlern nicht selten als „einzige Demokratie im Nahen Osten“ dargestellt.¹ In der Tat entspricht die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Jurisdiktion europäischen Standards. Gleichzeitig zeichnet sich die israelische Öffentlichkeit durch breite Anteilnahme am politischen Geschehen aus.² Israel verfügt andererseits trotz 60jähriger Staatlichkeit über keine Verfassung. Der 1948 verhängte Ausnahmezustand wird jährlich verlängert. Die arabischen Bürger des Landes, heute 20,3 % der Gesamtbevölkerung, sind formal juristisch zwar gleichberechtigt, in sozialer Hinsicht jedoch vielfach benachteiligt. Israelische Soziologen und Politikwissenschaftler, die das politische System des Landes zwar prinzipiell als „demokratisch“ kennzeichnen, differieren hinsichtlich der Wirkung bzw. der spezifischen Ausprägung israelischer Demokratie. Während Gideon Doron beispielsweise von einer „nicht-liberalen repräsentativen Demokratie“³ und Uri Ben-Eliezer von einer „kollektiven nicht-liberalen Demokratie“⁴ sprechen, führt Sammy Smooha den Begriff „ethnische Demokratie“⁵ ein; Oren Yiftachel dagegen entscheidet sich für „Ethnokratie“⁶. Benjamin Neuberger wiederum bezeichnet die politische Kultur Israels als eine „Mischung demokratischer und undemokratischer Traditionen“.⁷

Wer sich mit dem Status der israelischen Demokratie befasst, kann einen wichtigen Aspekt nicht außer Acht lassen – die Zivilgesellschaft. Der Begriff „Zivilgesellschaft“ wird nicht selten synonym mit dem der „Bürgergesellschaft“ verwandt. Er steht für einen durch das aktive Engagement mündiger Bürger geprägten demokratischen Gesellschaftsentwurf und damit für das freiheitliche Gegenbild zur formalen Demokratie bzw. zur Diktatur. Nachfolgenden Ausführungen über die israelische Zivilgesellschaft sei die von Wolfgang Merkel und Hans-Joachim Lauth vorgeschlagene Definition zugrunde gelegt: „Die Zivilgesellschaft befindet sich in einer vorstaatlichen oder nichtstaatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler, auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen, die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren. Sie ist im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat angesiedelt. [...] Gruppen, die ausschließlich private Ziele verfolgen (Familien, Unternehmen etc.) [sind] ebenso wenig Teil der Zivilgesellschaft wie politische Parteien, Parlamente oder staatliche Verwaltungen.“⁸

¹ Vgl. Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1996, S. 515ff.

² In einer Befragung, die die Jahre 1999 bis 2003 umfasst und über die gesellschaftliche Befindlichkeit in 30 Staaten Auskunft gibt, nehmen Israelis hinsichtlich ihres Interesses an der Politik (70%), ihres Nachrichten-Medienkonsums (89,7%) und ihrer Debattierfreudigkeit über politische Themen (37,1%) den ersten Platz ein. Vgl. Arian, Asher/Atmor, Nir/Hadar, Yael: The 2006 Israeli Democracy Index. Auditing Israeli Democracy, Changes in Israel's Political Party System: Dealignment or Realignment? Jerusalem: Israel Democracy Institute, 2006, S. 59.

³ Doron, Gideon: Two Civil Societies and One State: Jews and Arabs in the State of Israel, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.): Civil Society in the Middle East, Vol. II, Leiden 1996, S. 193.

⁴ Ben-Eliezer, Uri: The Meaning of Political Participation in a Nonliberal Democracy: The Israeli Experience, in: Comparative Politics, Vol. 25, No. 4 (July 1993), S. 399.

⁵ Smooha, Sammy: Ethnic Democracy: Israel as an Archetype, in: Israel Studies, Vol. 2, No. 2 (Fall 1997), S. 198ff.

⁶ Yiftachel, Oren: Israeli Society and Jewish-Palestinian Reconciliation: 'Ethnocracy' and its Territorial Contradictions, MEJ Vol. 51, No. 4 (Autumn 1997), S. 505-519.

⁷ Neuberger, Benjamin: Religion and Democracy in Israel, Jerusalem: The Floersheimer Institute for Policy Studies, 1997, S. 19.

⁸ Merkel, Wolfgang/Hans-Joachim Lauth: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie? Aus Politik und Zeitgeschichte B 6-7/1998, S. 7.

Wurzeln und Entwicklung der Zivilgesellschaft in Israel

Die Wurzeln der israelischen Zivilgesellschaft sind noch vor der Staatsgründung – und zwar sowohl in der jüdischen als auch in der arabischen Bevölkerung Palästinas – zu verorten. Während es das Ziel jüdischer Organisationen war, die Einwanderer aus Europa zu organisieren, im Lande zu verwurzeln und ihre Interessen gegenüber den britischen Mandatsbehörden zu vertreten, entstanden in der arabisch-palästinensischen Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg Organisationen, deren Aktivitäten sich primär gegen die zionistische Einwanderung bzw. die Mandats Herrschaft richteten. Eine lange Tradition hatten zudem sowohl unter Juden als auch Muslims, Christen und Drusen Vereine, die sich der Hilfe für Bedürftige widmeten.

Nach 1948 spielten der Staat bzw. die politischen Parteien, insbesondere die dominante Sozialdemokratie, eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Gesellschaft. Nichtstaatliche Organisationen wirkten nicht als Gegengewicht zur Exekutive, sondern waren i. d. R. an Parteien gebunden bzw. unterstützten staatliche Aktivitäten. Erst in den 1970er Jahren entstanden Protestbewegungen, wie die Organisation der orientalischen Juden „Schwarze Panther“, die Siedlerbewegung *Gusch Emunim* („Block der Treue“) oder die Friedensorganisation *Schalom Achschaw* („Frieden jetzt“, in Europa zumeist unter ihrem englischen Namen *Peace Now* bekannt).

Zu einem wichtigen gesellschaftlichen Faktor wurde die israelische Zivilgesellschaft in den 1990er Jahren. Aufgrund veränderter internationaler, regionaler und landesspezifischer Konstellationen wandelte sich die Gesellschaft grundlegend. Das Ende des Kalten Krieges, die Suche nach tragfähigen Kompromissen mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten, die Masseneinwanderung aus der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten, Globalisierungstrends, Veränderungen im politischen System und Medienrevolution bewirkten einen Wertewandel, der alle Bereiche der Gesellschaft erfasste. Die Transformationsprozesse widerspiegelten sich im täglichen Leben, wurden in der politischen Kultur des Landes sichtbar und ließen latente innergesellschaftliche Widersprüche aufbrechen. Die zentrale Rolle des Staates und der großen Parteienblöcke verringerte sich. Parallel dazu erlangte die Vertretung von individuellen und Gruppeninteressen einen neuen Stellenwert in der politischen Kultur. Diese begannen zunehmend den jüdisch-nationalen Konsens zu überlagern. Hinzu kam der Übergang zu einem neoliberalen Wirtschaftskonzept, das den drastischen Abbau von Sozialleistungen zur Folge hatte; in vielen Bereichen zog sich der Staat aus seiner Verantwortung zurück.

Ein Indikator der gesellschaftlichen Veränderungen war die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Während 1982 lediglich 3000 gemeinnützige Vereinigungen existierten, waren im Jahr 2000 bereits über 30.000 Verbände registriert.⁹ Heute sind im Innenministerium über 42.000 NGOs¹⁰ angemeldet. Bei einer Bevölkerung von 7,2 Mill. Staatsbürgern ist das eine beeindruckende Zahl, selbst wenn man berücksichtigt, dass nicht alle Organisationen gleichermaßen aktiv sind. Nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Bürgergesellschaft veränderte sich während des vergangenen Jahrzehnts. Beide Parameter bewirkten

⁹ Ben-Eliezer, Uri: Is Civil Society Emerging in Israel? Politics and Identity in the New Associations, in: Sozjologjah Jisraelit, Vol. 2 (1999), No. 1, S. 54 (Hebr.).

¹⁰ Elon, Yael/Gidron, Benjamin:: Israeli Third Sector Database 2007 – Patterns and Developments, Beer Sheva: Ben Gurion University, 2007, S. 11 (Hebr.).

eine neue, breit gefächerte Ebene gesellschaftlicher Interessenwahrnehmung. Neue Aktionsfelder wurden erschlossen bzw. neue Strategien entwickelt; die Einflussmöglichkeit auf politische Entscheidungen nahm sichtbar zu.

Charakteristik der israelischen Zivilgesellschaft

Wodurch wird die israelische Zivilgesellschaft heute charakterisiert? Welche Rolle spielt sie bei der Ausgestaltung der israelischen Demokratie? Das Spektrum der gemeinnützigen Organisationen widerspiegelt zunächst die Verwandlung der israelischen Gesellschaft in ein Mosaik unterschiedlicher Interessen und Identitäten und damit die ethnischen, religiös-kulturellen, weltanschaulich-politischen und sozio-ökonomischen Bruchlinien des Landes. Prägend sind Widersprüche zwischen Juden und Arabern, aus Europa und Nordamerika stammenden Juden (Aschkenasim) und orientalischen Juden (Misrachim), Neueinwanderern und Alteingesessenen, säkularen und religiösen Juden, „Tauben“ und „Falken“, Armen und Reichen. Wichtige Anliegen der „Bürgergesellschaft“ bzw. der betreffenden NGOs sind somit

- die Interessenvertretung nationaler und ethnischer Gruppen,
- der „Kulturkampf“ zwischen säkularen und religiösen Juden,
- das israelisch-palästinensische Grundverhältnis,
- soziale Disparitäten und Aktivitäten,
- die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie (Bürger- und Menschenrechtsorganisationen),
- Initiativen im Bildungs- und Kulturbereich,
- die Gender-Problematik sowie
- offene Fragen und Forderungen an den Umweltschutz.

Aufgrund des innerisraelischen jüdisch-arabischen Widerspruchs haben sich parallel zueinander zwei Zivilgesellschaften herausgebildet – eine jüdische und eine arabische. Sie sind nur selten miteinander verflochten und verfügen i. d. R. über jeweils eigene Mitgliederkreise und Zielgruppen.

Ebenen zivilgesellschaftlicher Tätigkeit im jüdischen Bevölkerungssektor

Zunächst eine skizzenhafte Auskunft über zivilgesellschaftliche Akteure im jüdischen Sektor. Zahlreiche NGOs widerspiegeln die widersprüchlichen Interessen ethnischer Gruppen. Waren Sinnen und Trachten im jungen Staat Israel zunächst darauf gerichtet, die Immigranten in die bereits existierende Gesellschaft zu integrieren und ihnen das gültige, an westeuropäischen Mustern orientierte Wertesystem zu vermitteln, so setzte sich Ende der 1990er Jahre die Erkenntnis durch, dass die zentrale Idee vom „Schmelztiegel Israel“ weder realisierbar noch erstrebenswert sei. Avraham Burg, Präsident der Zionistischen Weltorganisation und Vorsitzender der *Jewish Agency* sowie langjähriger Vorsitzender der Knesset, beschrieb die israelische Realität durchaus stimmig: „Während vieler Jahre haben wir an den ‚melting pot‘, an den Schmelztiegel, geglaubt. Das Rezept war einfach. Man nehme zwei Marokkaner, zwei Russen, zwei Äthiopier, man schüttle sie gut – und dann, siehe da, haben wir einen neuen israelischen Prototyp, bei dem alles ‚israelisch‘ aussieht. Nach ein paar Jahren aber erkennt man, dass jeder seine eigene Identität behalten will. Israel verändert

sich heute von einer Schmelztiegel-Gesellschaft zu einer Mosaik-Gesellschaft. Heute sind wir der Überzeugung, dass wir nur harmonisch zusammenleben können, wenn jeder Mosaikstein seine Identität innerhalb des Ganzen verwirklichen kann.“¹¹

Die Unterschiede und Widersprüche auf sozio-ethnischer bzw. national-kultureller Ebene sind durch bloße Appelle an den nationalen jüdischen Konsens nicht mehr überbrückbar. Sie widerspiegeln nicht zuletzt das gewachsene Selbstbewusstsein der einzelnen ethnischen Gruppen und prägen zunehmend die innenpolitische Auseinandersetzung. Die ethnische Diversität beförderte das Entstehen von Organisationen, die jeweils die kulturellen, sozialen und politischen Interessen einer spezifischen Bevölkerungsgruppe artikulieren – seien es orientalische Juden, Äthiopier oder russischsprachige Einwanderer.

Ein weiteres bedeutsames Feld zivilgesellschaftlicher Aktivität ist mit dem Verhältnis von Staat und Religion bzw. mit der Debatte über die Identität und den künftigen Charakter Israels verbunden. Der „Kampf um den Staat“ wird zwar vor allem auf der Ebene der politischen Parteien und staatlichen Institutionen geführt, blieb jedoch nicht auf diese beschränkt. Zahlreiche religiöse und säkulare Bürgervereine - auch NGOs, die religiösen Pluralismus fordern oder eine Brücke zwischen unterschiedlichen weltanschaulichen Orientierungen zu schlagen suchen - engagieren sich in diesem Spannungsbogen. Überdies bildete sich eine Vielzahl von Organisationen heraus, die sich mit jüdischer Identität sowie mit der religiösen bzw. säkularen Ausformung der Gesellschaft befassen. Nicht wenige Vereinigungen stehen für die Bewahrung des orthodoxen bzw. ultra-orthodoxen Lebensstils. Doch auch religiöse Frauengruppen, Zentren des Reform- und konservativen Judentums sowie Einrichtungen und Vereine, die eine Minderung von Spannungen zwischen religiösen und säkularen Juden anstreben, wurden aktiv.

Säkulare bzw. antiklerikale Organisationen propagieren die Vision Israels als eines aufgeklärten westlichen Staates, wenden sich gegen religiösen Zwang und fordern die Trennung von Staat und Religion. Zu ihnen gehört z. B. die Organisation Hilel. Sie gibt ultraorthodoxen Juden, die die religiöse Welt, in die sie hineingeboren wurden, verlassen wollen, praktische Unterstützung bei der Suche nach Wohnung und Arbeit oder in der Vorbereitung auf den Armeedienst.

Eine dritte Ebene zivilgesellschaftlichen Engagements entspringt dem Streit um das künftige Schicksal der besetzten palästinensischen bzw. arabischen Territorien. Die Divergenzen zwischen „Tauben“ und „Falken“ sind häufig an die Frage gebunden, wie und mit welchen Garantien den israelischen Bürgern dauerhaft individuelle und nationale Sicherheit gewährleistet werden kann. Die Kontroversen brachen bereits unmittelbar nach dem Sechstagekrieg 1967 auf, verstärkten sich während der ersten Intifada und spitzten sich in Zusammenhang mit dem Oslo-Prozess, der 2000 ausgebrochenen Al-Aksa-Intifada und dem einseitigen israelischen Abzug aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 wiederholt zu. Eng verbunden damit war und ist der politische Streit um die künftigen Landesgrenzen. Neu für diesbezügliche Auseinandersetzungen im letzten Jahrzehnt ist, dass die Zahl außerparlamentarischer Organisationen auf beiden Seiten des politischen Spektrums schnell anwuchs. Während die Entwicklung der Friedensbewegung Höhen und Tiefen aufwies, machten die Siedlerorganisationen ob ihrer Militanz und ihres politisch-gesellschaftlichen Führungsanspruchs auf sich aufmerksam. Mit

¹¹ „Israel will kein Schmelztiegel mehr sein“, Gespräch mit Avraham Burg, in: Israelitisches Wochenblatt, 22. August 1997, S. 83. Burg wiederholte seine Worte auf einer Veranstaltung mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Knesset am 7. Mai 2000.

Forderungen nach Gewaltanwendung verließen einige der letztgenannten Gruppierungen die Ebene zivilgesellschaftlichen Engagements. Sie stehen der demokratischen Bürgergesellschaft diametral entgegen.

Das Lager der Friedensaktivisten war in Israel besonders aktiv während des Libanonkriegs von 1982. Die mit Duldung der israelischen Armee durchgeführten Massaker libanesischer Milizen in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila riefen Hunderttausende Israelis auf die Straße. Auf einer der größten Massendemonstrationen in der israelischen Geschichte forderten sie im September 1982 auf dem „Platz der Könige Israels“ in Tel Aviv die Etablierung einer Untersuchungskommission und den Rücktritt der Mitverantwortlichen im militärischen und politischen Establishment. Die Protestkundgebung ging als einzigartiger Erfolg der Zivilgesellschaft ins kollektive Gedächtnis der Nation ein. In den 1990er Jahren, v. a. während des Osloprozesses, schienen die „Tauben“ dagegen weniger bereit, Druck auf die Regierung auszuüben, sondern stützten diese vielmehr. Der „Friedensprozess“ schien in guten Händen. Es entstanden dennoch neue Organisationen, die den direkten Dialog mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten suchten bzw. innerhalb Israels für einen Friedensschluss warben. Stellvertretend seien genannt die Initiativgruppe *Four Mothers*, die den Abzug der israelischen Armee aus Südlibanon forderte und letztlich initiierte, sowie das israelisch-palästinensische Forum der *Berieved Parents* (Eltern, deren Kinder gewaltsam durch Selbstmordattentate oder Vergeltungsschläge ums Leben kamen). Unvergesslich ist auch die von *Schalom Achschaw* organisierte Friedenskundgebung am 4. November 1995, auf der Jizchak Rabin mit den Hunderttausenden Versammelten das Friedenslied anstimmte – wenige Minuten, bevor er von einem jüdischen Fanatiker ermordet wurde.

Am 8. April 2008 beging die Organisation „Frieden jetzt“ am selben Ort – heute Jizchak-Rabin-Platz - den 30. Jahrestag ihrer Gründung. Vehement wurde über Erfolge und Misserfolge der Organisation diskutiert und gestritten. Auf der Habenseite von *Peace Now* steht zweifelsfrei, dass die Zweistaatenlösung – die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels – heute von der Mehrheit der israelischen Bevölkerung mitgetragen wird. Gleichermaßen kritisiert die Organisation den forcierten Siedlungsbau im Westjordangebiet bzw. konfrontiert sie die Öffentlichkeit mit diesbezüglichen aktuellen Zahlen.¹² Dennoch fragen sich ihre Gründer, warum ihre politische „Beißkraft“ verloren ging. Die Tageszeitung *Haaretz* erklärte den Schwächezustand der Friedensbewegung mit der engen Bindung an die Regierung: „Niemals zuvor war *Peace Now* so eng mit dem Establishment verbunden wie zu Zeiten der Olmert-Regierung. Die Organisation, die Hunderttausende während des ersten Libanonkrieges auf die Straße brachte, schloss sich erst wenige Tage vor Ende des Zweiten Libanonkrieges den öffentlichen Protesten an.“¹³ Dedi Zucker, einer der Initiatoren der *Frieden-jetzt*-Bewegung 1978, wertete als besonders schmerzhaft den Fakt, dass die Siedlungsbewegung *Gusch Emunim* den Kampf gegen die Friedensbewegung offensichtlich gewonnen habe.¹⁴

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten stehen – als eine weitere Wirkungsebene - nicht zuletzt in Zusammenhang mit sozialen Fragen, Demokratienormen, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ein markantes Beispiel ist die Bewegung für Regierungsqualität. Die Organisation

¹² <http://peacenow.org.il>

¹³ Mualem, Mazal: „Peace Now, for 30 years“, *Haaretz*, 7 April 2008.

¹⁴ Ebenda.

entstand 1990, als der Jurastudent Nadav Shraga mit Hungerstreik und einem außergewöhnlichen Demonstrationzug in Jerusalem gegen „Korruption und die offensichtliche Erosion ethischer Werte durch die israelische Regierung“ protestierte. Er und seine Sympathisanten hatten Eseln Stühle auf den Rücken gebunden und mit der Losung versehen „Besser Stühle auf Eseln als Esel auf (Parlaments)stühlen“.¹⁵ Die Bewegung ist seither eine wichtige Adresse für jüdische und arabische Bürger geworden. Sie klärt – z. B. in Schulen – über demokratische Werte und Rechte auf und wendet sich immer wieder mit Petitionen an das Oberste Gericht, um die Einhaltung demokratischer Normen durchzusetzen.

Zahlreiche israelische NGO's setzen sich heute für die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten ein (*ACRI, Be-Zelem, Rabbis for Human Rights*). Sie mutierten zu einer Art „Gewissen der Nation“. Nicht vergessen seien auch die über 100 Frauenorganisationen. Nicht wenige von ihnen richten die Hauptaktivität auf den israelisch-palästinensischen Konflikt; z. B. die „Frauenkoalition für Frieden“ (CWP), eine Partnerin der Rosa Luxemburg Stiftung. Im Mittelpunkt der meisten Gender-Aktivitäten stehen freilich die Rechte der Frauen in der Gesellschaft.

Last but not least sei auf die wachsende Zahl von Umweltschutzorganisationen und Ökologiegruppen verwiesen. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Grundthese, das Land könne sich den „Luxus“ ökologischer Aktionen erst erlauben, wenn die Sicherheitsfrage gelöst und ein dauerhafter Frieden in der Region hergestellt seien, zunehmend an Akzeptanz verliert.

Arabische Zivilgesellschaft

Die israelischen Staatsbürger palästinensischer Nationalität haben insbesondere im letzten Jahrzehnt einen deutlichen Politisierungsprozess durchlaufen. Ihr gewachsenes Selbstbewusstsein – resultierend aus demographischen Veränderungen, Generationswechsel, höherem Bildungsstand und dem internationalen Prestigezuwachs für den palästinensischen Faktor – widerspiegelt sich auch in der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Während des letzten Jahrzehnts, d. h. seit Ende der 1990er Jahre, ist die Zahl arabischer NGOs kontinuierlich angewachsen. Sie verdoppelte sich von 1995 bis 2003 von 807 auf 1.737,¹⁶ stellt jedoch nach wie vor nur etwa 5% aller israelischen Nichtprofitorganisationen.

Gemäß ihrer Wirkungsebenen lassen sich die Organisationen zunächst unterteilen in politische Interessengruppen, die für die Anerkennung der nationalen Rechte der arabischen Minderheit eintreten und den Charakter des Staates zu verändern suchen, und in Bürgergruppen, die kommunale Interessen vertreten oder Dienstleistungen auf verschiedenen Gebieten, z. B. in Religion, Kultur, Sport, Bildung, Gesundheit oder Genderproblematik, anbieten. Beide Ebenen sind häufig eng miteinander verbunden, d. h. die Tätigkeit der so genannten „unpolitischen“ Vereine impliziert nicht selten auch politische Aspekte.

Israelische Wissenschaftler stellten fest, dass der „Dritte Sektor“ des Landes zwar einen im Vergleich zur Bevölkerungszusammensetzung geringeren Anteil arabischer Organisationen aufweist, arabische

¹⁵ Zitat aus einem der Autorin zur Verfügung gestellten Informationsmaterial der Bewegung für Regierungsqualität.

¹⁶ Zeidan, Elias/Ghanem, Asad: *Patterns of Giving and Volunteering of the Palestinian Arab Population in Israel*, Beer Sheva: Ben Gurion University, 2000, S. 14; Gidron, Benjamin/Elon, Yael/Ben-Nun, Rinat: *Israeli Third Sector Database 2004*, Beer Sheva: Ben Gurion University, 2004, S. 16 (Hebr.).

Vereinigungen, die auf gesellschaftliche Veränderungen drängen, jedoch 17% aller in Israel mit diesem Ziel tätigen Organisationen ausmachen.¹⁷ Den Hauptteil der arabischen NGOs stellen dennoch Organisationen, die sich der Kultur und der Freizeit widmen (27%) oder religiöse Ziele verfolgen (21%) sowie die Einrichtungen der Sozialhilfe (14%).¹⁸

Zu den bekanntesten arabischen Vereinigungen gehören das 1996 gegründete *Legal Center for Arab Minority Rights in Israel - Adalah*, die 1988 im Gefolge der ersten Intifada in Nazareth entstandene *Arab Association for Human Rights*, das in Haifa ansässige *Mossawa Center* und *Ittijah*, die 1995 gegründete Dachorganisation arabischer Organisationen, die heute etwa 70 Mitgliedsorganisationen umfasst. Das in Nazareth ansässige kommunale Zentrum *Ahali* stellt sich die Aufgabe, die arabische Bevölkerung zu aktivieren und bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft im Land mitzuwirken. Einen jüdischen Direktor und einen arabischen Stellvertreter hat die Organisation *Sikkuy (The Association for the Advancement of Civic Equality)*, die eines ihrer Hauptziele in der Gleichstellung der arabischen Bürger Israels sieht. Assad Ghanem, Dozent an der Universität Haifa und bis vor kurzem zugleich Ko-Direktor von *Sikkuy*, wertet den Aufschwung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im arabischen Sektor vor allem als Ergebnis jahrzehntelanger Enttäuschung und Frustration: „Die Menschen haben langsam begriffen, dass sie nichts vom jüdisch-zionistischen Staat zu erwarten haben. Also schaffen sie ihre eigenen alternativen politischen und Sozialleistungssysteme.“¹⁹

Unübersehbar hat innerhalb der palästinensischen Bevölkerung Israels auch die islamische Bewegung an Einfluss gewonnen. Die durch sie beeinflussten NGOs initiieren den Bau von Bildungs- und Rehabilitationszentren, Kindertagesstätten und Sporteinrichtungen; sie mobilisieren ihre Mitglieder für die Teilnahme an vielfältigen Aktivitäten. Besonders engagiert zeigen sich ihre Vertreter in größeren arabischen Ortschaften, wie Umm al-Fahm, Kafr Kassem, Kafr Kana und Nazareth. Während sie i. d. R. über eine achtbare materielle Basis verfügen, leiden z. B. säkulare Frauenorganisationen, die sich für Veränderungen im Status der arabischen Frau sowohl in der Familie als auch in Staat und Gesellschaft einsetzen, nicht selten unter gravierenden finanziellen Schwierigkeiten.

Die arabische Bevölkerung Israels nutzt die Zivilgesellschaft somit zunehmend aktiv und selbstbewusst zur Artikulation ihrer nationalen, politischen, kulturellen und sozialen Rechte. Sie beteiligt sich an öffentlichen Diskussionen – beispielsweise über eine israelische Verfassung. Vier schriftliche Vorschläge, den legalen und sozialen Status der arabischen Minderheit betreffend, wurden im letzten Jahr durch NGOs der Öffentlichkeit vorgelegt. Mit dem „Konzept eines demokratischen, bilingualen und multikulturellen Staates Israel“ haben sich die arabischen Bürger von der Ebene des ausschließlichen Protestes gelöst. Sie suchen die gesellschaftliche und politische Agenda mitzubestimmen.

Wenngleich die jüdische und arabische Zivilgesellschaft hinsichtlich ihres Einzugsbereichs, ihrer Programmatik und ihrer inneren Struktur noch weitgehend getrennt voneinander wirken, entwickelten sich doch Formen der Zusammenarbeit. Deren Erfolg bzw. Misserfolg war und ist freilich erkennbar an die Höhen und Tiefen des nahöstlichen Friedensprozesses gebunden. Ansätze für binationale

¹⁷ Kaufman, Rony/Gidron, Benjamin: *The Institutionalization of Protest: Trends in Social Change Organizations in Israel*, Beer Sheva: Ben Gurion University, 2006, S. 66 (Hebr.).

¹⁸ *Gidron/Elon/Ben-Nun, a.a. O., S. 16.*

¹⁹ *Jerusalem Post*, 16. Februar 2001.

Organisationen verbreiteten sich im Gefolge der Vereinbarungen von Oslo; während der zweiten Intifada dagegen fanden sie auf beiden Seiten geringere Resonanz.

Fazit

1) Trotz beachtlichen Umfangs und vielschichtiger Wirksamkeit seiner Zivilgesellschaft stellt Israel kein typisches Beispiel für die Formierung zivilgesellschaftlicher Strukturen dar. Die Besonderheiten der Staatsgründung und der Bevölkerungsentwicklung, der andauernde Kriegszustand mit den arabischen Nachbarn, die Herrschaft über eine große Gruppe nichtjüdischer Staatsbürger bzw. Bewohner besetzter Territorien, beeinträchtigen die Umsetzung des liberalen Demokratiemodells. Hinzu traten die tiefen nationalen und sozialen Klüfte, jedoch auch die Politik der permanenten Zugeständnisse gegenüber religiösen Parteien und Interessengruppen.

2) Die Fallstudie Israel weist aus, dass Zivilgesellschaft nicht unbedingt mit gesellschaftlicher Progression deckungsgleich ist. NGOs können einerseits Druck auf die staatliche Entscheidungsfindung ausüben und der Demokratisierung der Gesellschaft förderlich sein. Sie spielen eine wichtige Rolle, indem sie Politikfelder besetzen, aus denen sich der Staat zurückzieht. Das Beispiel Israel weist andererseits aus, dass zivilgesellschaftliches Engagement durchaus auch Partikularisierungsprozesse in der Gesellschaft fördern oder dem Vormarsch nationalreligiöser Kräfte bzw. der konservativen Rechten, d. h. dem Abbau demokratischer Normen, dienen kann.

3) Als Trend sei dennoch festgehalten, dass die Tätigkeit gemeinnütziger Vereinigungen in den 1990er Jahren zum festen Bestandteil israelischer Gesellschaftsentwicklung und Innenpolitik wurde. Eine Vielzahl jüdischer und arabischer NGOs sorgt heute dafür, dass Diskussionen über Bürger- und Menschenrechte, über Verfassungsgrundsätze und Rechtsstaatlichkeit oder über die Transparenz politischer Entscheidungen und öffentliche Kontrolle Bestandteil der politischen Kultur sind. Ihr Engagement sei unbedingt in das hierzulande mitunter recht negativ geprägte Israel-Bild eingefügt. Das Israel von heute ist nicht reduzierbar auf den Nahostkonflikt und die israelische Politik in den palästinensischen Territorien. Es wird auch bestimmt durch Zerklüftungen in der Gesellschaft und die – daraus erwachsenden – vehementen Auseinandersetzungen über den weiteren Weg des Landes.

Zu einem Zeitpunkt, da sich in Israel – wie in anderen entwickelten Industriestaaten – eine tiefe „Politikverdrossenheit“ bzw. die „Entfremdung“ zwischen Bürger und Staat abzeichnen, kommt der Bürgergesellschaft besondere Bedeutung zu. Künftige politische und soziale Weichenstellungen werden nicht zuletzt durch die Stärke bzw. Schwäche der Zivilgesellschaft beeinflusst werden. Das bezieht sich auf innergesellschaftliche Fragen genau so wie auf das israelisch-palästinensische Verhältnis. In diesem Sinne stellen die aktive Gestaltung bzw. die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft durchaus einen Lackmустest für die israelische Demokratie dar.